

4013/J XXVIII. GP

Eingelangt am 24.11.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Wendelin Mölzer
an den Bundesminister für Bildung
betreffend **Initiative „Zukunft Medienkompetenz – #FaktenbrauchenVerbündete“ von ORF, Der Standard und Ö3**

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ORF, das Medienhaus „Der Standard“ sowie der Radiosender Ö3 haben gemeinsam eine Initiative mit dem Titel „Zukunft Medienkompetenz – #FaktenbrauchenVerbündete“ gestartet. Im Rahmen dieses Projekts sollen Lehrkräfte an weiterführenden Schulen geschult werden, um Desinformation zu erkennen, Nachrichten kritisch zu bewerten und Medieninhalte besser einordnen zu können. Außerdem wurde im Zuge dieser Initiative ein „Tag der Medienkompetenz“ im ORF-Zentrum in Wien am 11. November 2025 mit Workshops, Diskussionsrunden und Schulungen abgehalten.¹

Das Projekt wird vom Bildungsministerium unterstützt und versteht sich als Beitrag zur Förderung von Medienbildung und Faktenkompetenz an Schulen. Es handelt sich somit um eine offiziell vom Bildungsministerium mitgetragene Medienkooperation zwischen staatlich finanzierten und privatwirtschaftlichen Akteuren.

Gerade vor dem Hintergrund der Verantwortung des Staates für politisch neutrale und pluralistische Bildung sowie der Verpflichtung zu sparsamem Mittelleinsatz stellen sich mehrere Fragen hinsichtlich der Kosten, Finanzierung, Auswahlverfahren und inhaltlichen Unabhängigkeit dieser Kooperation.

Die Förderung von Medienkompetenz ist zweifellos eine wichtige Aufgabe, insbesondere in einer Zeit, in der Desinformation, manipulierte Inhalte und der Einsatz von KI-Technologien stark zunehmen. Dass sich das Bildungsministerium in diesem Bereich engagiert, ist zu begrüßen.

Gleichwohl ist es notwendig, dass bei öffentlichen Fördermitteln größtmögliche Transparenz herrscht – sowohl hinsichtlich der Kosten und Mittelverwendung als auch hinsichtlich der Partner- und Verantwortlichkeitenstruktur. Zudem gilt es, die Frage zu stellen, ob die Zusammenarbeit mit großen Medienhäusern zu einer einseitigen Einflussnahme führen kann – oder ob alternative Träger stärker berücksichtigt werden sollten.

¹ <https://www.derstandard.at/story/3000000287742/programm-tag-der-medienkompetenz-standard-orf> (aufgerufen am 19.11.2025)

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Bildung nachstehende

Anfrage

1. Mit welchen Gesamtkosten rechnet das BMB für die Initiative „Zukunft Medienkompetenz – #FaktenbrauchenVerbündete“?
2. Wurde ein Kosten- und Finanzierungsplan erstellt?
 - a. Falls ja, wird um Übermittlung oder Zusammenfassung gebeten.
3. Aus welchen Budgetmitteln des BMB werden die Förderungen oder Beiträge für das Projekt geleistet?
4. In welcher Höhe übernimmt das BMB direkte oder indirekte Zahlungen?
 - a. Welche weiteren Drittmittel, Sponsoren oder Partner (z. B. A1 Telekom Austria) sind beteiligt und in welchem Umfang?
 - b. In welcher Höhe erhält „Der Standard“ Mittel für seine Mitwirkung?
 - c. In welcher Höhe erhält der ORF bzw. Ö3 Mittel für seine Mitwirkung?
 - d. Nach welchen Kriterien erfolgte die Aufteilung der Mittel zwischen den beteiligten Medienhäusern?
5. Welche Personen halten im Rahmen des Projektes Vorträge oder Workshops?
 - a. Wer hat über die Auswahl und Entlohnung dieser Vortragenden entschieden?
 - b. Wie hoch sind die Gesamthonorare, die an Vortragende und Workshopleiter ausgezahlt werden?
 - i. Wie hoch sind die Einzelhonorare für die beteiligten Personen?
 - ii. Wie werden die Honorarsätze bemessen?
6. Warum wurden vorwiegend Journalisten ausgewählt und keine unabhängigen oder wissenschaftlich ausgewiesenen Fachleute?
 - a. Nach welchen Kriterien wurden diese Personen ausgewählt?
7. Wie kam es konkret zu dieser Kooperation mit ORF, „Der Standard“ und Ö3?
 - a. Gab es ein offizielles Ausschreibungsverfahren oder eine formelle Auswahl für diese Initiative?
 - b. Wurden andere Medienhäuser, NGOs oder wissenschaftliche Einrichtungen als mögliche Partner geprüft?
 - i. Wenn nein, warum nicht?
8. Warum wurde die Initiative nicht über bestehende Strukturen der Pädagogischen Hochschulen (z. B. PH Wien) abgewickelt, obwohl diese laut Artikel in den Prozess eingebunden sind?
9. Warum erfolgt keine Kooperation mit Universitäten, die über wissenschaftliche Expertise im Bereich Medienpädagogik verfügen?
10. Gibt es an den pädagogischen Hochschulen keine eigenen Experten für Medienkompetenz, die solche Fortbildungen für Lehrer ohne externe Medienpartner gestalten könnten?
11. Verfügt das BMB über Abteilungen oder Arbeitsgruppen mit Zuständigkeit für Medienbildung und Desinformation?
 - a. Wenn ja, warum wurden diese nicht federführend mit der Umsetzung betraut?
 - b. Wenn nein, warum nicht?